



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Bundesamt für Gesundheit BAG
Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung

Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV; SR 832.202)

Ergebnisse der Vernehmlassung

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	3
2	Vernehmlassungsverfahren und Auswertungsgrundsätze	3
2.1	Eröffnung	3
2.2	Erhaltene Stellungnahmen	4
2.3	Auswertungsgrundsätze	4
3	Allgemeine Rückmeldungen	4
3.1	Zustimmung ohne Vorbehalte	4
3.2	Zustimmung mit Vorbehalten	5
3.3	Verzicht auf Stellungnahme	5
4	Anhang	6
	Liste der Vernehmlassungsadressaten bzw. -teilnehmenden	6

1 Ausgangslage

Mit der letzten umfassenden Revision des Bundesgesetzes vom 20. März 1981¹ über die Unfallversicherung (UVG), die per 1. Januar 2017 in Kraft trat, wurde ein Anliegen der privaten Versicherungsgesellschaften umgesetzt. Diese wollten das Risiko ab einer Ereignislimite für Grossereignisse (Katastrophen) zusammenlegen und gemeinsam finanzieren, anstatt einzeln teure Rückversicherungsdeckungen abschliessen zu müssen, die letztendlich zu höheren Prämienbelastungen führen würden.

Ein Grossereignis liegt vor, wenn die Unfallversicherer (ohne Suva) voraussichtlich mehr Leistungen erbringen müssen, als sie zusammen an Nettoprämien für die obligatorische Versicherung im Jahr vor dem Schadenereignis eingenommen haben (Art. 78 Abs. 1 UVG). Ab dieser Ereignislimite haftet ein Ausgleichsfonds (Art. 90 Abs. 4 UVG). Dieser wird bei der Ersatzkasse UVG (Ersatzkasse) ad hoc eingerichtet und ab dem Folgejahr des Grossereignisses von allen Unfallversicherern (ohne Suva) über Prämienzuschläge finanziert, so dass sämtliche laufenden Kosten der Schäden gedeckt werden können (Art. 90 Abs. 4 UVG). Einzelheiten zu den Aufgaben der Ersatzkasse im Zusammenhang mit Grossereignissen wurden in Artikel 95a der Verordnung vom 20. Dezember 1982² über die Unfallversicherung (UVV) festgehalten.

Artikel 95a Absatz 5 UVV schreibt die Erstellung eines Reglements der Ersatzkasse für diesen Ausgleichsfonds vor, in welchem insbesondere die Regelung der Organisation des Ausgleichsfonds sowie die Einzelheiten der Durchführung der Finanzierung geregelt sind. Da es sich wiederum um ein Reglement der Ersatzkasse handelt, bedarf es gemäss Artikel 72 Absatz 1 UVG der Genehmigung des Bundesrats.

In seiner Sitzung vom 31. Januar 2024 hat der Bundesrat das ihm vorgelegte Reglement Grossereignis der Ersatzkasse mit Ausnahme des Artikels 26 genehmigt. Grund für die Nichtgenehmigung des genannten Artikels ist, dass das Bundesamt für Justiz (BJ) die formelle Notwendigkeit einer Verordnungspräzisierung in Artikel 95a Absatz 4 UVV erkannt hat. Artikel 26 des Reglements soll nun vom Bundesrat gleichzeitig mit der vom BJ gewünschten Präzisierung von Artikel 95a UVV verabschiedet werden.

2 Vernehmlassungsverfahren und Auswertungsgrundsätze

2.1 Eröffnung

Das Vernehmlassungsverfahren wurde am 30. Oktober 2024 eröffnet und dauerte bis am 18. Februar 2025. Zur Stellungnahme eingeladen wurden die Kantone, die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die Gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie der Wirtschaft, die Unfallversicherer gemäss Liste des Bundesamtes für Gesundheit (BAG; Stand 01.01.24), der Schweizerische Versicherungsverband ASA/SVV und die Interessensgemeinschaft IG Übrige Versicherer.

¹ SR 832.20

² SR 832.202

2.2 Erhaltene Stellungnahmen

Insgesamt sind 33 Stellungnahmen eingegangen.

Kategorie	Begrüssende Stellungnahme	Ablehnende Stellungnahme	Verzicht auf Stellungnahme	Total
Kantone	20		5	25
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	1			1
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden / Städte / Berggebiete			1	1
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	2			2
Weitere interessierte Kreise	3		1	4
Nicht angeschriebene Organisationen und Privatpersonen				
Total	26		7	33

Tabelle 1: Übersicht über eingegangene Stellungnahmen

2.3 Auswertungsgrundsätze

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens zusammen und bietet damit einen Überblick über die eingegangenen Stellungnahmen. Für ein umfassendes Gesamtbild wurden diese konsolidiert dargestellt; für detaillierte Informationen wird auf die Originalstellungnahmen verwiesen.

Zum erläuternden Bericht gab es keine Anträge für Anpassungen, Ergänzungen und Präzisierungen.

3 Allgemeine Rückmeldungen

3.1 Zustimmung ohne Vorbehalte

Die Kantone Aargau, Appenzell-Ausserrhoden, Appenzell-Innerrhoden, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Genf, Graubünden, Jura, Luzern, Neuenburg, Nidwalden, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Thurgau, Waadt und Wallis unterstützen die Änderung ohne Vorbehalte. Auch die Ersatzkasse UVG, die Suva, der Schweizerische Versicherungsverband ASA/SVV, der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB und der Schweizerische Arbeitgeberverband SAV haben ihre vorbehaltlose Zustimmung erklärt.

Der Kanton Basel-Landschaft empfiehlt für die praktische Umsetzung analoge Verfahren wie beim «Zuschlag Teuerungszulage» einzusetzen und Promillesätze auf Nettoprämien anzuwenden. Dies gewährleiste eine gerechte und transparente Erhöhung der Endprämiensätze. Darüber hinaus wäre die Entwicklung klarer Guidelines zur Kommunikation zwischen Ersatzkasse, Versicherten und Arbeitgebenden hilfreich. Dies würde die Akzeptanz der Massnahmen fördern und sicherstellen, dass bestehende Verfahren optimal genutzt werden können.

3.2 Zustimmung mit Vorbehalten

Die Schweizerische Volkspartei SVP befürwortet die geplante Neuerung des Artikels 95a Absatz 1 UVV, lehnt jedoch die Einführung von Artikel 95 Absatz 4^{bis} UVV mit folgender Argumentationslinie ab: «Nach geltender Rechtsordnung legt die Ersatzkasse bei Grossereignissen Prämienzuschläge im Bereich der Unfallversicherung fest, sofern nicht die SUVA zuständig ist. Diese werden von den Versicherern erhoben. Daran soll sich auch mit der Revisionsvorlage nichts ändern. Mit Artikel 95a Absatz 4bis UVV hingegen kann die Ersatzkasse zusätzlich zu den oben erwähnten Prämienzuschlägen finale Prämienzuschläge in Vorbereitung der Fondsschliessung festsetzen. Dabei wird von einer *abschliessenden* Abgeltung gesprochen, wobei gleichzeitig die Prämien wieder anhand der *Schätzung* der Kosten durch die Meldung der Versicherer erfolgt und zusätzlich die *Statistiken* über alle Schadensfälle des betroffenen Versicherungszweigs. Für die SVP schießt der letzte Punkt übers Ziel hinaus, da ein Prämienzuschlag ermöglicht wird für potenzielle Forderungen, die noch gar nicht geltend gemacht worden sind. Allein der Umstand, dass ein Fonds aufgrund unverhältnismässigen administrativen Aufwands wieder geschlossen wird, berechtigt nicht, allfällige künftige Forderungen gestützt auf Statistiken im Vorfeld einzuziehen und damit letztlich die Versicherten prophylaktisch zu belasten. Gerade bei Grossereignissen sind solche Statistiken noch mehr mit Unsicherheit behaftet als übliche Statistiken, die sich auf namhafte Erfahrungswerte stützen. Das Risiko einer vorzeitigen Fondsschliessung soll nicht auf die Versicherten übergehen, die keinen Einfluss auf diesen Entscheid haben».

3.3 Verzicht auf Stellungnahme

Die Kantone Glarus, Obwalden, Tessin, Zürich und Zug verzichten aufgrund fehlender Betroffenheit auf eine Stellungnahme. Die Solida Versicherungen AG verzichtet auf die Stellungnahme, da sie sich bereits im Rahmen der Arbeitsgruppe einbringen konnte. Auch der Schweizerische Gemeindeverband hat auf eine Stellungnahme verzichtet.

4 Anhang

Liste der Vernehmlassungsadressaten bzw. -teilnehmenden

1. Kantone

Abkürzung	Bezeichnung	Stellungnahme eingereicht	Begrüsst die Vorlage
AG	Staatskanzlei des Kantons Aargau Chancellerie d'État du canton d'Argovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Argovia	Ja	Ja
AI	Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden Chancellerie d'État du canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Interno	Ja	Ja
AR	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden Chancellerie d'État du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Esterno	Ja	Ja
BE	Staatskanzlei des Kantons Bern Chancellerie d'État du canton de Berne Cancelleria dello Stato del Cantone di Berna	Ja	Ja
BL	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft Chancellerie d'État du canton de Bâle-Campagne Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Campagna	Ja	Ja
BS	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt Chancellerie d'État du canton de Bâle-Ville Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Città	Ja	Ja
FR	Staatskanzlei des Kantons Freiburg Chancellerie d'État du canton de Fribourg Cancelleria dello Stato del Cantone di Friburgo	Ja	Ja
GE	Staatskanzlei des Kantons Genf Chancellerie d'État du canton de Genève Cancelleria dello Stato del Cantone di Ginevra	Ja	Ja

GL	Regierungskanzlei des Kantons Glarus Chancellerie d'État du canton de Glaris Cancelleria dello Stato del Cantone di Glarona	Ja	-
GR	Standeskanzlei des Kantons Graubünden Chancellerie d'État du canton des Grisons Cancelleria dello Stato del Cantone dei Grigioni	Ja	Ja
JU	Staatskanzlei des Kantons Jura Chancellerie d'État du canton du Jura Cancelleria dello Stato del Cantone del Giura	Ja	Ja
LU	Staatskanzlei des Kantons Luzern Chancellerie d'État du canton de Lucerne Cancelleria dello Stato del Cantone di Lucerna	Ja	Ja
NE	Staatskanzlei des Kantons Neuenburg Chancellerie d'État du canton de Neuchâtel Cancelleria dello Stato del Cantone di Neuchâtel	Ja	Ja
NW	Staatskanzlei des Kantons Nidwalden Chancellerie d'État du canton de Nidwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Nidvaldo	Ja	Ja
OW	Staatskanzlei des Kantons Obwalden Chancellerie d'État du canton d'Obwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Obvaldo	Ja	-
SG	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen Chancellerie d'État du canton de St-Gall Cancelleria dello Stato del Cantone di San Gallo	Ja	Ja
SH	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen Chancellerie d'État du canton de Schaffhouse Cancelleria dello Stato del Cantone di Sciaffusa	Ja	Ja

SO	Staatskanzlei des Kantons Solothurn Chancellerie d'État du canton de Soleure Cancelleria dello Stato del Cantone di Soletta	Ja	Ja
SZ	Staatskanzlei des Kantons Schwyz Chancellerie d'État du canton de Schwytz Cancelleria dello Stato del Cantone di Svitto	Ja	Ja
TG	Staatskanzlei des Kantons Thurgau Chancellerie d'État du canton de Thurgovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Turgovia	Ja	Ja
TI	Staatskanzlei des Kantons Tessin Chancellerie d'État du canton du Tessin Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	Ja	-
UR	Standeskanzlei des Kantons Uri Chancellerie d'État du canton d'Uri Cancelleria dello Stato del Cantone di Uri	-	-
VD	Staatskanzlei des Kantons Waadt Chancellerie d'État du canton de Vaud Cancelleria dello Stato del Cantone di Vaud	Ja	Ja
VS	Staatskanzlei des Kantons Wallis Chancellerie d'État du canton du Valais Cancelleria dello Stato del Cantone del Vallese	Ja	Ja
ZG	Staatskanzlei des Kantons Zug Chancellerie d'État du canton de Zoug Cancelleria dello Stato del Cantone di Zugo	Ja	-
ZH	Staatskanzlei des Kantons Zürich Chancellerie d'État du canton de Zurich Cancelleria dello Stato del Cantone di Zurigo	Ja	-

EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione	-	-
GDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und Gesundheitsdirektoren Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità	-	-
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen Conférence des gouvernements cantonaux Conferenza dei governi cantonali	-	-

2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

Abkürzung	Bezeichnung	Stellungnahme eingereicht	Begrüssst die Vorlage
Die Mitte Le centre	Die Mitte Le Centre	-	-
EDU UDF UDF	Eidgenössisch-Demokratische Union Union démocratique Fédérale Unione democratica Federale	-	-
EVP PEV PEV	Evangelische Volkspartei der Schweiz Parti évangélique Suisse Partito evangelico svizzero	-	-
FDP PLR PLR	FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR. I Liberali Radicali	-	-
GLP PVL PVL	Grünliberale Partei Schweiz Parti vert'libéral Partito verde-liberale	-	-
GRÜNE Les VERT-E-S VERDI	GRÜNE Schweiz Les VERT-E-S suisses I VERDI Svizzera	-	-
Lega	Lega dei Ticinesi	-	-
MCG	Mouvement Citoyens Genevois	-	-

SPS PSS PSS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito socialista svizzero	-	-
SVP UDC UDC	Schweizerische Volkspartei Union démocratique du centre Unione democratica di Centro	Ja	Teilweise

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Abkürzung	Bezeichnung	Stellungnahme eingereicht	Begrüsst die Vorlage
SAB SAB SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete Groupement suisse pour les régions de montagne Gruppo svizzero per le regioni di montagna	-	-
SGV ACS ACS	Schweizerischer Gemeindeverband Association des communes suisses Associazione dei Comuni Svizzeri	Ja	-
SSV UVS UCS	Schweizerischer Städteverband Union des villes suisses (UVS) Unione delle città svizzere (UCS)	-	-

4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

Abkürzung	Bezeichnung	Stellungnahme	Begrüsst
Economie-suisse	Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss business federation	-	-
KV Schweiz SEC Suisse SIC Svizzera	Kaufmännischer Verband Schweiz Société suisse des employés de commerce (SEC Suisse) Società svizzera degli impiegati di commercio (SIC Svizzera)	-	-
SAV UPS USI	Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse (UPS) Unione svizzera degli imprenditori (USI)	Ja	Ja

SBV ASB ASB	Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) Association suisse des banquiers (ASB) Associazione svizzera dei banchieri (ASB) Swiss Bankers Association	-	-
SBV USP USC	Schweizerischer Bauernverband (SBV) Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera dei contadini (USC)	-	-
SGB USS USS	Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse (USS) Unione sindacale svizzera (USS)	Ja	Ja
SGV USAM USAM	Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) Union suisse des arts et métiers (USAM) Unione svizzera delle arti e dei mestieri (USAM)	-	-
	Travail.Suisse	-	-

5. Weitere interessierte Kreise

Abkürzung	Bezeichnung	Stellungnahme eingereicht	Begrüssst die Vorlage
SVV ASA	Schweizerischer Versicherungsverband (SVV) Association suisse d'assurances (ASA) Associazione svizzera d'assicurazioni	Ja	Ja
	IG Übrige Versicherer	-	-
Suva	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt (Suva) Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents (CNA) Istituto nazionale svizzero di assicurazione contro gli infortuni (INSAI)	Ja	Ja
	Ersatzkasse UVG	Ja	Ja
Solida	Solida Versicherungen AG	Ja	-
	Branchen Versicherung Genossenschaft	-	-
Allianz	Allianz Suisse Versicherungs- Gesellschaft AG	-	-
Axa	AXA Versicherungen AG	-	-

Zürich	Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG	-	-
Basler	Basler Versicherung AG	-	-
Helsana	Helsana Unfall AG	-	-
Generali	Generali Assurances Générales SA	-	-
Mobilier	Schweizerische Mobiliar Versicherungsgesellschaft AG	-	-
Visana	Visana Versicherungen AG	-	-
Vaudoise	VAUDOISE GÉNÉRALE, Compagnie d'Assurances SA	-	-
Swica	SWICA Versicherungen AG	-	-
FRV	Société d'assurance dommages FRV SA	-	-
GMA	Groupe Mutuel Assurances GMA SA	-	-
Sympany	Sympany Versicherungen AG	-	-
Hotela	HOTELA ASSURANCES SA	-	-
Helvetia	Helvetia Schweizerische Versicherungsgesellschaft AG	-	-
Elips	Elips Life AG	-	-
Agrisano	Agrisano Versicherungen AG	-	-
ÖKK	ÖKK Kranken- und Unfallversicherungen AG	-	-